Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz)

Verlag A. Herter, Industriehalle Riesbach-Zürich

Postsendungen franco gegen franco. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements werden nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband) Mk. 3.— für Deutschland (Couvert) fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate Die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 49. Sonntag, 5. Dezember. 1880.

Avis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat".

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Beiseitmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Abonnements-Einladung.

„Der Sozialdemokrat,"

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

gibt unserer Partei und ihren Forderungen die nothwendige Vertretung in der Presse, welche ihr ein Ausnahme-„Gesetz" in Deutschland selbst unmöglich macht. Er sammelt die Parteigenossen allerorts und hält sie in ununterbrochener geistiger Verbindung untereinander und mit der sozialistischen Bewegung aller Länder. Er unterrichtet sie von den Schandthaten unserer Gegner und macht sie auf deren Anschläge rechtzeitig aufmerksam. Er festigt und klärt die Genossen prinzipiell und hält sie über die politische Lage und die von der Partei derselben und den einzelnen Vorkommnissen gegenüber einzunehmende Stellung auf dem Laufenden. Er dient als Sprechsaal zur Debattirung wichtiger Parteifragen, behandelt die inneren Parteiangelegenheiten und veröffentlicht die Mittheilungen der Parteivertretung wie aller sonstiger Parteiorganisationen. Er klärt die Unterdrückten und Ausgebeuteten alle über ihre Lage und den Weg der Rettung auf, flößt ihnen tiefsten Haß gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter ein und feuert sie zur Beseitigung der heutigen ungerechten Staats- und Gesellschafts-„Ordnung" und zu deren Ersetzung durch eine die Freiheit und Gleichheit Aller sichernde Ordnung der Dinge an. Mit Einem Wort: der „Sozialdemokrat" ist die gellende Allarmtrompete im gewaltigen Ringkampf der alten Welt der Bevorrechtung mit der neuen Welt des Sozialismus; er ist die hochflatternde Heerfahne, durch die Finsterniß der heutigen mühlosen Unterdrückung voranmehend zur nahen Morgenröthe, die dem arbeitenden Volke Erlösung aus den Fesseln politischer und ökonomischer Knechtschaft bringt!

Der „Sozialdemokrat" wurde vom letzten Parteikongreß einstimmig zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt.

Es ist deshalb Pflicht wie Interesse jedes Parteigenossen, aufs eifrigste für die Verbreitung des „Sozialdemokrat" zu wirken. Da der „Sozialdemokrat" in Deutschland bekanntlich auf Grund des Ausnahmegesetzes verboten ist, so muß die Verbreitung selbstverständlich mit größter Vorsicht geschehen; letztere angewandt, ist die Sache übrigens durchaus ungefährlich und leicht ausführbar. **Das bloße Abonnement ohne Weiterverbreitung ist gesetzlich erlaubt.**

Der vorauszahlbare Abonnementspreis des „Sozialdem." beträgt vierteljährlich: für Deutschland und Oesterreich 3 Mark (1 fl. 70 kr.), wofür das Blatt wöchentlich als verschlossener Brief versandt wird; für die Schweiz 2 Fr., für alle übrigen Länder des Weltpostvereins 2 Fr. 50 Cts. (unter Band). Dieser Preis kann indessen, namentlich in Deutschland, bedeutend ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im Großen vereinigen. Wenn unverdächtige Empfangsadressen gewählt werden und damit stets gewechselt wird, wenn ferner die geheime Vertheilung an die abonnirten Genossen vorsichtig geschieht: dann ist die Gefahr der Entdeckung beim Gesammtbezug weit geringer wie bei den Briefsendungen.

Bis zu 16 Exemplaren können in Doppelbrief übermittelt werden; bei größeren Bestellungen ist die Zusendung in Packet vorzuziehen. Bei Bezug von zehn Exemplaren an ist der Preis per Quartal auf M. 1. 80. franko ins Haus festgesetzt, und ist der Betrag monatlich mit 60 Pf. im Voraus einzusenden. Sämmtliche Sendungen werden gut verpackt, nicht in der Schweiz, sondern in **Deutschland** aufgegeben.

Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen; größere Beiträge in Papiergeld mittelst eingeschriebenem Brief oder Post-Einzahlung.

Da nicht unbedeutende Kosten durch ungenügendes Frankiren entstehen, so machen wir darauf aufmerksam, daß einfache Briefe (bis 15 Gramm) nach der Schweiz 20 Pfg., resp. 10 Kreuzer ö. W. kosten, bei schwereren Briefen je 15 Gramm weitere 20 Pfg., resp. 10 Kreuzer.

Man wende sich bei Einzelbestellungen an den Verlag von A. Herter, Industriehalle, Riesbach-Zürich, bei gemeinsamem Abonnement und um Aufschlüsse an die bekannten Agenten in Deutschland, oder an die Unterzeichneten durch Vermittlung in der Schweiz oder sonst im Ausland lebender Freunde.

Vorausbezahlung des Abonnementspreises bei Beginn des Quartales an unsere Vertrauensmänner und Filialverwalter ist unerläßlich!

Parteigenossen! Sammelt Euch um Eure Fahne und benützt die Euch gegebene Waffe mit Eifer und Geschick; seid rührig und thut Eure Pflicht!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat".

Flugschriften-Fonds.

Baron Inchzer Reiseauskehricht 1,12; Pariser Genossen d. B. (Fr. 8,—) 6,40; Schrdr. Zch. (—,55) —,44; M. A. C. 1,—; Onkel 4,—; A —1— gen 5,—; Andre B. B. (Fr. 1,30) 1,04; J. H. G. (40 kr. ö.) —,67;
zusammen Mk. 19,67
früher eingegangen „ 895,39
Gesammteingang Mk. 915,05

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

II. Quittungsserie.

Vom 1.—25. November gingen ein: Schw. Hall 5,—; Leipzig 30,—; Wurzen 1,—; Ulm 100,—; Falkenstein i. Voigtl. 3,—; Ulm 6,—; Schmölln 2,50; Wilhelmshafen 20,—; Leipzig 5,—; 40,—; Halberstadt 3,—; Gera 15,—; Frankfurt a. M. 40,—; Bremen 2,—; Heide i. H. 1,80; München 50,35; Spremberg 6,—; Gotha 7,30; Spandau 4,—; Görbersdorf i. Schl. 100,—; Iserlohn 5,—; O. Fr. Leipzig 100,—; Karlsruhe 25,—; Braunschweig 11,—; Kassel 15,—; Reichenbach i. V. 2,—; Naumburg 5,—; Königsberg i. Pr. 5,—; A. B. Leipzig 5,—; Altenburg 50,—; Bernburg 6,—; Brundübra 5,—; Limbach 4,85; Großenhayn 30,—; M.-Gladbach 30,—; Hannover 20,—; Frankfurt a. M. 20,—; Dr. O. Köln 40,—; Fürth 5,—; Nürnberg 50,—; Stuttgart 20,—; Nürnberg 20,—; Giesing 20,—; Berlin 36,—; Cleve 9,—; Königsberg 20,—; Jastrow 1,50; Königsberg 15,—; München 10,—; Schwabach 10,—; Besigheim 25,—; Frammersbach 10,—; Goldlauter 5,—; Aicha i. B. 100,—; Junkerken 100,—; R., Cöln 40,—; Weinsberg 10,—; Heilbronn 20,—; Suchtein 10,—; N., Beslin 14,—; Pirna 20,59; Dresden 15,—; Breslau 3,—; Frankfurt a. M. 40,—; 30,—; Paderborn 1,50; C. D., Köln 53,—; München 20,—; Schwerin 50,—; Bremerhafen 20,70; Dresden 10,—; Hanau 50,—; München 10,—; Wechselburg 5,—; Oederan 11,—; Offenbach 20,—; Mylau 12,—; Gießen 12,50; Bernburg 10,60; Rostock 27,—; Kiel 60,05; Freudenthal 8,64; Fürth 30,—; Bielefeld 10,—; Braunschweig 30,—; Hemelingen bei Bremen 8,80; Rawitsch 9,30; Bielefeld 20,—; Braunschweig 50,—; Meißen 14,—; Gumbinnen 40,—; Pforzheim 24,50; Etzoldheim 25,—; Würzburg 8,—; Ummendorf 6,50; Boitwarden 2,—; Bielefeld 35,—; Mannheim 43,30; Halberstadt 11,—; Oels i. Schl. 4,—; Dresden-Neustadt 60,—; Gera 20,—; Altzey 10,—; München 20,—; Freudenthal 10,34; Weimar 20,—; Stuttgart 100,—; Rheda 18,16; Braunschweig 5,—; Odenheim b. Bruchsal 10,—; Sorau 15,—; Lübeck 50,—; Posen 30; Osterode a. Harz 10,65, Meeran i. Tyrol 20,68; Bamberg 8,—; Kaiserslautern 15,—; Großenhayn 30,—; Saarbrücken 27,—; Höchst a. M. 20,—; Koblenz 30,—; Posneck 10,—; Luxemburg 100,—; Charlottenburg 50; Inowrclaw 6,—; Limbach b. Chemnitz 40,—; Frankfurt a. M. 5; Berne 4,20; Fürth 28,—; Würzburg 6,—; Augsburg 30,—; Eßlingen 10,—; Berlin 15,—; M. E. 10,—; Forst i. L. 50,—; Ronsdorf 23,—; Königsberg i. Pr. 15,—; Frankfurt a. M. 35,50; Elberfeld 30,—; Cöln 50,—; Stuttgart 74,60; Achim 9,—; Graz 20,69; Brieg 6,30; Osnabrück 35,—; Erfurt 22,36; Nürnberg 10,—; Schw. Hall 50,—; Neukirchen 13,60; Plauen i. V. 11,51; Uslar 7,50; Brandenburg 40,—; Oederan 8,—; Zeitz 10,—; Freiburg i. Schl. 13,80; Münchenberg 2,60; Wolfenbüttel 20,—; Stuttgart 7,90; Crefeld 15,—; Posen 8,—; Minden i. Westph. 6,50; Danzig 100,—; Breslau 100,—; Garden 7,45; Oppeln 6,75; Straßburg 35,—; Benig 9,—; Augsburg 15,—; Frohburg 3,—; Burkhardtsdorf 9,75; Ulm 9,—; Oggersheim 24,30; Kleinsteinheim b. Hanau 3,10; Dr. W., München 10,—; Gersdorf 4,50; Gumbinnen 25,—; Berden 30,—; Rostock 15,10; Weimar 5,—; Wettersdorf b. Darmstadt 6,05; Eisenach 6,—; München 10,—; durch G. L., London 102,—; L. S., Frankfurt a. M. 146,05; Mainz 120,—; Kalk b. Cöln 5,—; Hirschberg i. Schl. 11,25; Marburg 30,—; Harburg 50,—; Reviges 54,—; München 40,—; Carlsruhe 50,—; Grantzow 2,65; Hemelingen bei Bremen 24,05; Dresden 2. Rate 30,—; Görlitz 10,05; Eilenburg 7,50; Reutlingen 29,—; Dessau 15,—; Dr. Dr. Nordhausen 20,—; Sorau 8,40; Rostock 9,—; Ohlau 1,—; Kiel 66,70; Kassel 25,—; Sachsenhausen 20,—; München 7,20; Gleishammer b. Nürnberg 50,—; Cöln 50,—; Hannover 50,—; Geyer i. Erzgeb. 20,50; Breslau 15,20; Spremberg 30,—; Hermsdorf b. Waldenburg i. Schl. 16,70; Mannheim 50,—; Frankfurt a. M. 50,—; Pforzheim 33,10; Altstadt-Waldenburg i. Sachsen 7,—; Neu-Isenburg i. Hessen 17,30; Altenburg 6,30; Hainichen i. S. 6,40; Stuttgart 100,—; Leipzig Stadt u. Land 910,80; Königsberg i. Pr. 6,—; Arnstadt 9,—; Großenhayn 30,—; Teplitz 6,89; Duisburg 6,—; S., Stuttgart 10,—; A. v. H., Reichstagsabg. 6,—; Peterswaldau i. Schl. 7,—; Hamburg-Altona u. Umgegend 7000,—; Harburg 30,—; Rendsburg 50,—; Schleswig 15,—; Flensburg 42,—; Neumünster 20,—; Heide 18,80; Neumünster 29,45; Fürth 252,—; Nürnberg, alte Garde 185,32; Nürnberg X. X. 290,—; W. M. Neu. (Fr. 1,—) 80,—; Tragisches Mohrenhaffet v. Baron Inchzer u. d. Fiskus v. Benedig (Fr. 6,77) 5,40; J. J. (Fr. 12,60) 10,—; v. einer Dame (Fr. 2,—) 1,60); für Hamburg gel. v. kant. Komite i. e. Vers. z. Ulsterfeier in Neumünster (14,40) 11,52; Sozdem. Abendunterh. Zürich zum Besten Hamburgs (Fr. 159,37) 127,50; Pariser Genossen d. B. (Fr. 12,—) 9,60; Sozdem. Ver. St. Gallen für Hamburg (Fr. 5,—) 4,—; Arb.-Vereine zu Gent d. E. B. (Fr. 300) 240,—; Prof. G. Ri. Z. f. Hamburg (Fr. 10,—) 8,—; Prof —l —t —ch (Fr. 1,—) 80; Basel, Abschiedsfeier i. Arb.-Männerchor (Fr. 4,—); do. Gen.-Vers. d. Arb.-Bds. (Fr. 4,75); do. Stiftungsfest d. Arb.-Männerchors (Fr. 9,05) = (Fr. 17,80) 14,24; H. Jakob v. New-Yorker Parteigen. (Fr. 25,— und Fr. 259,—) 227,20; D. Ver. Luzern (Fr. 10,—) 8,—; Condor 2,—;

Gesammteingang vom 1. Nov. d. J. an: Mk. 15,065. 44

An unsere Parteigenossen!

Der Kom. Arbeiter-Bildungs-Verein III. Sektion*) zu London, der zu dem Anhang des Herrn Most gehört, weiß auf die hamburger Ausweisungen in Nr. 46 der „Freiheit" nicht passender zu antworten, als durch folgenden Aufruf:

„In Anbetracht der unerhörten, brutalen Gewaltmaßregel, welche seitens der preußisch-deutschen Regierung an unseren Gesinnungsgenossen verübt wird durch das Verhängen von Belagerungszuständen über ganze Reihen von Städten und durch die darauffolgenden Ausweisungen von armen Arbeiterfamilien, welche durch diese Schandthat wohnungs- und existenzlos gemacht werden — eine Handlung, welche dem despotisch-brutalen russischen Unterdrückungssystem nachgeahmt wird — richtet der unterzeichnete Verein folgenden Appell an alle Deutschen im Auslande:

Brüder! Wir fordern Euch auf, uns bei unsern gerechten Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen. Unsere Aufgabe soll und muß sein, vermittels Zeitungen und Flugschriften unsere deutschen Brüder zur That zu begeistern; zu einer That, welche den Menschenrechten ein unerschütterliches Fundament geben soll! Beweisen wir Deutsche, jetzt, wo es Zeit ist, wie wir über die an armen Arbeiterfamilien begangene Schandthat der preußischen Regierung denken. Muß uns Deutsche nicht die Schamröthe ins Gesicht steigen gegenüber dem Verhalten des französischen Proletariats, welches jederzeit durch die That bewiesen hat, welche Antwort das Volk auf derartige Unterdrückungen seinen Tyrannen geben muß?

Wohlan, auf zur That! Wir werden, so weit unsere Kräfte reichen, durch einen Massenexport von sozialrevolutionären Flugschriften mit unsern deutschen Brüdern Fühlung suchen, damit sobald als möglich der Tag der Abrechnung uns zum Handeln bereit findet. Dann werden unsere deutschen Brüder mit uns nur von einem Gedanken geleitet, nur von einem Gedanken, dem Gedanken der Revolution begeistert werden.

Komm. Arbeiter-Bildungs-Verein,
III. Sektion.

NB. Anmeldungen zum Beitritt in unsern Verein sowie Geldunterstützungen zu den oben angedeuteten Zwecken richte man an vorstehende Adresse."

In Uebereinstimmung mit diesem Aufruf spricht sich Herr Joh. Most in derselben Nummer der „Freiheit" in der gleichen Richtung aus. Es heißt da unter anderem: „Menschen, die sich nur noch ausschließlich mit dem Bettel für Gemaßregelte beschäftigen, sind überhaupt für revolutionäre Zwecke untauglich."

Parteigenossen! Der „Bettel für Gemaßregelte" hat stattgefunden, so lange die Partei existirt. Allzeit hat es die Partei als ihre vornehmste Pflicht betrachtet, den wegen ihrer Ueberzeugung gemaßregelten oder leidenden Genossen durch kräftige Unterstützung ihr Loos zu erleichtern und sie im Kampfe für unsere Sache zu stählen. Herr Joh. Most selbst und gar mancher andere, der heute mit ihm in dasselbe Horn bläst, haben, weil sie wegen ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt wurden oder litten, aus dem „Bettelsack der Partei" ihre Unterstützung bezogen und sind dadurch kampffähig erhalten worden.

Heute, wo die Reaktion aus Ingrimm darüber, daß sie trotz der gewaltthätigsten Anwendung des Ausnahmegesetzes unsere Partei nicht unter die Füße bringen kann, ihre rohen und brutalen Gewaltthaten verdoppelt, Hunderte von Familien mitleidlos dem Elend Preis gibt, wo also die Pflicht für jeden braven Genossen, zu helfen, sich verzehnfacht hat: da soll die Uebung dieser ersten und vornehmsten Pflicht der Solidarität eine Art von Verrath an der Partei sein, da soll als Maßstab revolutionärer Gesinnung gelten, daß der Genosse seinem leidenden Mitgenossen — nicht hilft! Fürwahr, eine stärkere Verhöhnung der Solidarität der Parteigenossen ist noch nicht gelehrt worden, als sie hier Herr Joh. Most und seine Jünger lehren. Mögen die ausgewiesenen Genossen und ihre Familien wie Hunde krepiren oder in die Armenhäuser des Staats und der Gemeinden wandern — denn das geschähe, wenn wir sie nicht unterstützten —: was liegt daran, wenn nur für Herrn Most und seine „Freiheit" gesammelt wird und diese existiren können. Pfui! über solche niedrige Gesinnung!

Parteigenossen! Wir haben mehr als hundertmal — und Herr Most einstmals mit uns — in Versammlungen und in der Presse gegen die Regierung und die herrschenden Klassen die Anklage erhoben, daß sie diejenigen ungenügend unterstützten, die für ihre Interessen auf dem Schlachtfeld geblutet und ihr Leben eingesetzt; und heute haben Herr Most und sein Anhang die Stirn, uns zu empfehlen, was sie an unsern Feinden bitter und mit Recht getadelt. Das ist „sozialrevolutionäre" Konsequenz.

Aber nicht genug, daß man das Sammeln zur Unterstützung unserer aufs härteste betroffenen Genossen verhöhnt, — die einzige Antwort, die man für das bestialische Vorgehen unserer Feinde hat, ist die Aufforderung zur Sammlung für die Herstellung und massenhafte Verbreitung neuer revolutionärer Flugschriften. Gut! Aber was heißt das? Doch nichts anderes als neue Maßregelungen, neue Ausweisungen. Herr Most und sein Anhang im Ausland sehen es also darauf ab, unsere Feinde zu neuen Massenopfern zu reizen, weigern sich aber, für diese Opfer einzutreten und verhöhnen noch jene, welche aus parteigenössischem Solidaritätsgefühl sich hiezu verpflichtet halten.

Parteigenossen! Auf ein solch freches und frivoles Vorgehen gibt es nur eine Antwort und diese lautet: Verweigerung aller und jeder Unterstützung an diejenigen, welche berauscht von dem Most'schen Phrasengeklingel, sich herbeiließen, für die Verbreitung der „Freiheit" oder Most'scher Flugblätter zu wirken und dieserhalben ins Gefängniß wandern oder ausgewiesen werden. Diejenigen, die für Most'sche „Thaten" sich begeistern, mögen auch, wenn die Folgen sie treffen, sich an Herrn Most wenden!

Bis jetzt haben Herrn Most die Opfer seiner „Thaten" noch nichts gekostet, bis jetzt sind unsere Parteigenossen noch immer gutmüthig genug gewesen, für seine Opfer einzutreten. Dem muß ein Ende gemacht werden. Und so sei es hiedurch mitgetheilt, daß von jetzt an aus den zur Verfügung stehenden Mitteln keiner mehr unterstützt wird, der durch Most'sche „Thaten" geopfert wird.

Wir ziehen hiermit nur die Konsequenz von dem, was Herr Most selbst predigt.

Deutschland, Ende November.

*) Die I. Sektion, einst der Hort der „Freiheit", ist sich allem Anschein nach doch zu gut gewesen, um ihre Ueberschüsse zu solchen Zwecken herzugeben. D. R.

Revolution oder Reform?

III.

Nun, zum Schluß dessen, was wir nicht thun sollen, noch ein Wort über den in neuerer Zeit öfter besprochenen Königsmord, bezw. über das Beiseiteschaffen einzelner besonders schwerbelasteter oder gefährlicher Volksfeinde. Wir sind die Letzten, die dem Unterdrückten das Recht bestreiten möchten, seinen oder seines Volkes Unterdrücker unschädlich zu machen. In Bezug auf die dem Revolutionär erlaubten Mittel gilt immer noch und für alle Zeit der Satz Gracchus Babeuf's: „Gegen die Tyrannen sind alle Mittel gerecht, ich habe keine Einzelheiten anzugeben; die Mittel sind lediglich Sache der Zweck-

mäßigkeit." Ist aber heute in Deutschland der Königsmord, überhaupt die Unschädlichmachung eines Einzelnen, zweckmäßig, kann sie von Nutzen für das Volk sein, eine Verbesserung seiner Lage herbeiführen?

Es ist ein Fundamentalsatz der politisch-sozialen Erkenntniß, daß an den Leiden des Volkes im großen Ganzen nicht Personen, sondern Einrichtungen schuld sind, deren Werkzeuge und Gebilde jene sind. Ob ein König oder Minister Hans oder Kunz heißt, ändert im Einzelnen manches, im großen geschichtlichen Ganzen herzlich wenig. Der beste oder schlechteste Herrscher oder Minister aber ist in unserer Zeit nur mächtig, wenn er im Sinne und Interesse der herrschenden Klasse, oder mit anderen Worten, der vorhandenen staatlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse handelt. Wäre aber ein deutscher Kanzler oder Kaiser denkbar, der diesen Interessen systematisch zuwiderhandelte, — es würde mit seiner Macht gar bald zu Ende sein. Der Kaiser taste die Sonderrechte des Adels an, und die Konservativen werden sich um „Gottes Gnade" und die „angestammte Treue" verdammt wenig kümmern und sich verhüllt oder offen gegen den „Raub ihrer uralten, verbrieften Rechte" auflehnen; der Kanzler trete statt der Arbeiter die Bourgeoisie und bedränge ihre Vorrechte, und die Unterwürfigkeit der Nationalliberalen wird schleunig verschwinden und einem zähen Widerstand weichen. Die Verhältnisse sind eben mächtiger als die mächtigsten Menschen, und in den weitaus meisten Fällen ist der Gewaltige, welcher als der Schiebende erscheint und selbst zu schieben meint, nur der Geschobene.

Wozu also — wir sprechen hier von deutschen Verhältnissen — „attentaten", wenn man durch die dadurch hervorgerufene Personenveränderung in den Verhältnissen im großen Ganzen keinen Wandel zu schaffen vermag? „Man muß die Feinde schrecken", wenden manche ein. Gut; aber der Schrecken pflegt in verschiedener Weise zu wirken, je nachdem der Geschreckte ohnmächtig oder mächtig ist. In ersterem Fall wird die Wirkung allerdings eine die Feinde lähmende sein; aber haben wir in diesem Fall nicht das viel einfachere und zweckentsprechendere Mittel, an Stelle eines Vertreters gleich die ganze Klasse abzuthun? Indessen, unsere Feinde sind nicht ohnmächtig — ganz im Gegentheil. Den Mächtigen zu „schrecken", ist aber ein mißliches Ding; man reizt ihn, ohne ihm doch ernstlich etwas anhaben zu können. Der Schrecken ist unserm Feind nur dann ein Gift, wenn wir diesen zwingen können, es bis auf die Neige zu leeren; wenn man ihn blos daran nippen läßt, schadet es nicht ihm, sondern uns, denen er den Becher an den Schädel schlägt. Uebrigens sind die Königsmörder der „Freiheit", der «Révolution sociale», der Pyat'schen «Commune» ꝛc. nicht so ernst zu nehmen; ihre Mordwaffen bestehen nur in dicken Phrasen, spitzigen Federn und rauschendem Papier. Sie bringen wohl Trinksprüche „auf eine kleine Kugel" aus, setzen Belohnungen auf die Ermordung eines Zäsaren (Pyat), fordern alle Welt auf, ihre Feinde in der herrschenden Klasse mit „Sardinenbüchsen voll Dynamit" in die Luft zu sprengen und ihre Gegner im Volk „wie Ratten todtzuschlagen" (Most)*); aber selbst thun sich diese Dinge nicht und so müssen sich die meisten Gegner dieser gemüthlichen Attentäter vom Doktor umbringen lassen oder sterben an den Folgen des Alters. —

Also mit Putschen, Krawallen, vorzeitigen Aufständen, Einzelwidersetzlichkeiten, Attentaten und „Losschlagen" aller Art ist's nichts; es kann damit wohl Lärm, Unglück und Verschlimmerung, aber keine Verbesserung des Volkslooses, am allerwenigsten eine gründliche und dauernde, wie sie die Sozialdemokratie erstrebt, erzielt werden.

Was aber dann? Daß die Dinge nicht so bleiben können, wie sie sind, wird ernstlich von keiner Seite bestritten. Daß ihre Aenderung nicht in das bloße Belieben der Herrschenden gestellt sein darf, sondern daß das Volk dabei ein Wort mitsprechen soll, braucht man dem Mann des Volkes nicht erst zu erläutern. Daß nur solche Veränderungen dem Volke wahrhaft nützen, welche im Sinne des Sozialismus erfolgen, wird kein Sozialdemokrat bezweifeln. Wie aber können wir bewirken, daß die Grundsätze der Sozialdemokratie Einfluß auf daß Staats- und Gesellschaftsleben erhalten und in den Stand kommen, die ihr entgegenstehenden, jetzt herrschenden Grundsätze der Bevorrechtung, der Unterdrückung und Ausbeutung zu stürzen?

Es gab in der deutschen sozialistischen Bewegung eine Zeit, wo sich viele, ja die meisten Genossen über die Art und Weise, auf welche wir der herrschenden Klasse das Heft aus den Händen ringen würden, nur wenig den Kopf zerbrachen. Es war das Jünglingsalter unserer Partei, wo man nur an das Nächstliegende denkt, und die strotzende Jugendkraft, nicht lange erwägend, keinen Augenblick daran zweifelt, daß sie ihre Ideale mit Leichtigkeit und im Sturm erobern könne. Und es fehlte ja auch nicht an Erfolgen, welche die sanguinistischesten Hoffnungen zu rechtfertigen schienen. Wenige Jahre zurück waren die Arbeiter nichts gewesen als geringschätzige „Gesellen", „Fabrikler", „Knoten", von denen niemand im Traume einfiel, daß sie sich je an der Politik und zwar selbstständig betheiligen könnten. Da plötzlich war der Name Arbeiter zu einem Ehrennamen, zur Fahne einer Partei geworden, die täglich wachsende Schaaren um sich sammelte und der erstaunten herrschenden Klasse eine Stellung nach der andern abnahm. Die ursprünglichen zwei Arbeitervertreter im Parlament vermehrten sich bald auf fünf, dann auf neun, endlich auf zwölf. Die Arbeiter sahen, was sie vermochten, und mit dem Wanken des Gegners wuchs ihre Kampflust und ihr Siegesbewußtsein. Man griff Stellungen an, an deren Erreichbarkeit man vordem kaum gedacht, und — siegte. Die Sozialdemokratie drang in die Gemeindevertretungen, in die Gewerbegerichte, in die Landtage; die herrschende Klasse war gezwungen, sich mehr und mehr mit der Arbeiterfrage und den Forderungen der Sozialisten zu befassen, die Wissenschaft nahm die Sozialökonomie und den Sozialismus in den Kreis ihrer Forschungen, die Universität nahm sie in ihre Lehrfächer auf, Staat und Bourgeoisie waren gezwungen, die gehaßte Sozialdemokratie als Partei anzuerkennen und mit ihr bisweilen zu unterhandeln. Für die Masse der Partei und nicht wenige ihrer Wortführer war es unzweifelhaft, daß wir auf dem besten Wege seien, die Mehrheit der Bevölkerung im Eilschritt zu erobern, worauf sich alles andere spielend machen werde.

Damals war die Blüthezeit der Mehrheits-Theorie, die zwar in keinem Parteiprogramm anerkannt, und von vielen Genossen nicht getheilt wurde, die aber herrschende Ansicht war und von den Weiterblickenden als fable convenue respektirt wurde. Einer der damaligen überzeugten Wortführer der Mehrheitstheorie war Joh. Most. In seiner schon erwähnten Schrift: „Die Lösung der sozialen Frage" führt er die Lehre von der nur durch den Mehrheitswillen möglichen Erlösung folgendermaßen aus: „Zurückgewiesen ist der Vorwurf verschwörerischer Gewaltthätigkeit leicht mit wenigen Worten, weil er auf einer geradezu mathematischen Unmöglichkeit fußt. Die Sache ist einfach die: So lange die sozialistische Idee nur von einer Minderheit eines Volkes verfochten wird, kann sie selbst mit der größten Gewaltthätigkeit nicht durchgefochten werden . . ; sobald dagegen die große Mehrheit aller Kulturvölker (!) sozialistisch denkt, ist die Gewaltthätigkeit überflüssig" . . — Ja sogar noch nach seiner Selbstverbannung, nach Ausnahmegesetz und Belagerungszustand, verfocht J. Most diese Theorie, indem er in Nr. 6 der „Freih." von 1879 unter andern Beweissätzen folgenden aufstellte: „Die einfache Klugheit gebietet, von diesem Recht (der Nothwehr, der Beantwortung der gegnerischen Gewalt mit Gewalt) nur dann Gebrauch zu machen, wenn das mit Erfolg geschehen kann. Das ist der Fall in dem Augenblick, wo die Mehrheit der Bevölkerung dem Sozialismus huldigt."

In diese hoffnungsselige Selbstzufriedenheit fuhr plötzlich, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, das Sozialistengesetz hinein.

*) „Freih." Nr. 48.

Im hamburger Belagerungszustandgebiet

wird flott weiter ausgewiesen. Neuerdings haben Ausweisungsbefehle erhalten:

Zigarrenmacher und Kolporteur Aug. Schultz, verheirathet, 3 Kinder; Zigarrenarbeiter A. Brauer, verheirathet, 1 Kind; Zigarrenarbeiter W. Baetke, verheirathet, 2 Kinder; Zigarrenarbeiter F. Baetke, ledig; Zigarrenarbeiter H. Gundelach, ledig; J. H. F. Meyer, Schneidermeister, verheirathet; J. Jochumsen, verheirathet, 1 Kind; Haas, Schneider, verheirathet, 1 Kind — sämmtliche in Altona; Maurer Krämer in Hirschenfelde; Chemiker Diedrich in Hamburg. Letzterer ist ein schon mehrfach wegen gemeiner Vergehen bestrafter Mensch, der mit der Sozialdemokratie in keiner Verbindung steht.

Mit Beziehung auf Belagerungszustand und Ausweisungen ist übrigens eine Meldung von Interesse mitzutheilen. Die Linke der hamburger Bürgerschaft hat den Senat interpellirt, „aus welchen Anzeichen der Senat die Gefahr für den hamburger Staat durch sozialistische Agitationen erkannt habe, so daß man zur Beantragung des kleinen Belagerungszustandes hätte schreiten müssen." Der Senat erklärte sich zur mündlichen Beantwortung des Auskunftsgesuchs bereit, unter der Bedingung, daß die Mitglieder des Bürger-Ausschusses über die Mittheilung Stillschweigen beobachten und nichts an die Oeffentlichkeit bringen. Nachdem dies zugesichert worden, gab der Kommissar des Senats die erbetene Auskunft. Dieselbe scheint die edlen Herren der Linken vollkommen überzeugt zu haben, denn der Senat fährt ganz in der begonnenen Weise fort!

Einem Bericht der „Vossischen Zeitg." zufolge soll in den nächsten Tagen wieder eine nicht unbedeutende Anzahl von Personen ausgewiesen werden, denen höchstwahrscheinlich nach einer abermaligen Pause noch weitere folgen werden. Es wird in unterrichteten Kreisen von etwa **400 im Ganzen beabsichtigten Ausweisungen** gesprochen!!

Die der Grenze des belagerten Gebietes nächstgelegenen Orte weigern sich vielfach, die Ausgewiesenen aufzunehmen, und haben sich bereits mehrere an den Bundesrath gewandt. Wenn dieser helfen soll, bliebe kein anderes Mittel übrig, als den Belagerungszustand auch auf diese Orte und schließlich allgemein über ganz Deutschland auszudehnen. Dann wäre das Ideal der Reaktion wohl so ziemlich erreicht. Es fragt sich aber doch, wem eine solche Maßregel schließlich wohl am meisten Vorschub leisten würde, der Reaktion oder der Revolution! —

In welchem Maße die hamburger Dragonnaden allenthalben Empörung hervorgerufen, zeigen die reichen Sammlungen, welche aus allen Theilen des Reiches, sowie aus vielen Orten des Auslandes für die Ausgewiesenen eingehen. Wie unsere Quittung an der Spitze dieses Blattes zeigt, sind im Laufe der letzten 3½ Wochen **über 15,000 Mark** eingegangen.

Ein neuer Beweis, wie beliebt die Maßregeln der Regierung und wie todt die Sozialdemokratie ist!

Hoffentlich dauert der erfreuliche Eifer im Geben fort, denn die Zahl der Bedürftigen ist groß und vergrößert sich immer.

Die Sozialisten in Oesterreich.

Zur Arbeiterdemonstration am 14. Nov. in Wien.

(Schluß.)

Am 14. Nov. Vormittags fand in Graz eine von über tausend Personen besuchte Volksversammlung statt, welche diese Resolution einstimmig und unter allgemeinem Beifall annahm und ein Zustimmungstelegramm an die an demselben Tage in Wien stattgefundene Volksversammlung beschloß. An die Grazer Versammlung langten Zustimmungstelegramme aus Laibach, Klagenfurt, Bruck, Leoben, Knittelfeld, Mürzzuschlag, Kindberg, Kostach ein.

Wahrhaft imposant war aber die Versammlung in Wien, welche von wenigstens 4000 Personen besucht war ungeachtet die großen Massen, welche wegen Mangel an Platz in den umliegenden Straßen stehen bleiben mußten. Die verschiedenen Redner: Marschall, Andr. Grosse, Dunstätter, Leitner aus Wiener-Neustadt, Klappauf aus Graz, Zimmer und Baudisch kritisirten die Thätigkeit der Deutschliberalen während ihrer Herrschaft, ihren Gründungsschwindel, ihre Schweifwedelei nach oben und ihre Unterdrückung aller Arbeiterforderungen, und erklärten, nichts mit ihnen zu thun haben zu wollen. Die erwähnte Resolution wurde unter stürmischem Beifalle angenommen, ebenso drei Zusatzanträge, dahingehend, daß die Regierung aufgefordert werde, die in jüngster Zeit wegen Delikten, die in Wort oder Schrift begangen worden, inhaftirten Arbeiter freizulassen, eventuell ihre Untersuchungshaft abzukürzen; ferner die Behörden anzuweisen, das gesetzlich gewährleistete Briefgeheimniß zu wahren. Endlich wurde der in jüngster Zeit auftretenden Bauernbewegung die Sympathie der Arbeiter ausgesprochen.

Aus der Resolution, sowie aus den bei der Versammlung gehaltenen Reden geht hervor, daß die sozialistische Partei keinerlei Konzessionen an die Regierung oder an die klerikale Partei gemacht hat, daß sie nach wie vor prinzipientreu an den Forderungen festhält, die die österreichischen Arbeiter auf allen Parteiversammlungen seit Bestehen der sozialistischen Partei in Oesterreich aufgestellt haben und daß es deshalb nichts mehr als eine liberale Lüge ist, wenn von einer „Allianz der sozialistischen Partei mit der Regierung" die Rede ist. Die österreichischen Liberalen haben diese Lüge ebenso oft wiederholt, als die nationalliberalen Blätter Deutschlands die Lüge von der Allianz der Sozialdemokraten mit den Partikularisten und mit dem ultramontanen Zentrum. Die Sozialisten Oesterreichs haben aber das Recht zu verlangen, daß ihr Vorgehen nicht nach dem Urtheile der Bourgeoisblätter, sondern nach ihren eigenen Handlungen und Aeußerungen aufgefaßt werde.

Es ist nun eine Thatsache, daß die Resolution kein Wort zu Gunsten der Regierung äußert, sondern den prinzipiellen Standpunkt der Partei einhält; — es ist Thatsache, daß die Redner in den am 14. und 15. Nov. in Wien und anderen Städten Deutschösterreichs abgehaltenen Versammlungen sich ebenso entschieden gegen die Regierung als gegen die Deutschliberalen gewendet haben; — es ist ferner Thatsache, daß die Regierungsbehörden selbst in Wien gegen die Arbeiterdemonstration die umfassendsten militärischen und polizeilichen Vorsichtsmaßregeln in Anwendung gebracht hatten, wohl keineswegs deshalb, weil man die Arbeiter als Verbündete betrachtete; — es ist endlich Thatsache, daß die Redefreiheit, welche nach Angabe der liberalen Blätter in bisher unerhörter Weise bei der betreffenden Versammlung geherrscht haben soll, sich nur darauf beschränkte, daß die Wahrheit über die nun machtlosen „Größen" der ehemaligen Verfassungspartei gesprochen werden konnte. Daß es der Regierung und den politischen Gegnern der Deutschliberalen angenehm war, daß durch die Versammlung unserer Partei der Beweis geliefert wurde, die Behauptung der Liberalen, hinter ihnen stehe die Mehrheit des deutschen Volkes, sei eine Lüge, ist allerdings richtig; aber was hat das mit den Prinzipien des Sozialismus zu thun?

Unsere Pflicht ist, unsere Prinzipien zum Siege zu führen, und dazu bedienen wir uns der zweckmäßigsten Mittel; was unsere Gegner dazu sagen, ist für uns nebensächlich, ob die eine oder andere der gegnerischen Parteien daraus augenblicklich Kapital schlägt, kann uns gleichgiltig sein, wenn wir dadurch unserer Sache geholfen haben. Schon heute, während wir dies schreiben, zeigt sich die thatsächliche Wirkung unserer Demonstration. Die Deutschliberalen werden von den fortschrittlichen Elementen ihrer eigenen Partei aufmerksam gemacht, daß es dringend nothwendig sei, auch den Forderungen der Arbeiter Beachtung zu schenken, die sie durch die bisherige Gleichgiltigkeit zu ihren Gegnern gemacht hätten. Die Jungtschechen aber haben ihre Sympathie für die wiener Versammlung ausgesprochen.

Wir sind nicht so naiv, zu glauben, daß die Deutschliberalen dadurch bewogen werden, ihr Klasseninteresse zu vernachlässigen und das allgemeine Wahlrecht zu akzeptiren; allein das eine haben wir erreicht, daß eine Trennung der freisinnigen Elemente von den reaktionären stattfindet und es ist nur eine Frage der Zeit, daß die ersteren auch über die nationalen Differenzen hinweg den Weg zur Vereinigung finden werden. Dazu den Anstoß gegeben zu haben, ist das große Resultat der Gegendemonstration gegen den deutschliberalen Parteitag.

Was die Londoner „Freiheit" über die angeblichen Versuche der Regierung, die Arbeiter für sich zu gewinnen, erzählt, ist großentheils unrichtig, die Warnung an die österreichischen Arbeiter überflüssig. Die Arbeiter Oesterreichs sind keine politischen Kinder, die sich von „geriebenen Staatsmännern" mißbrauchen lassen. Wir können auch auf das Bestimmteste versichern, daß die Regierung keinerlei Versuche gemacht hat, die Arbeiter für sich zu gewinnen und sie hat dafür auch nicht allerhand „schöne Dinge" versprechen können, wie in der „Freih." zu lesen war. Selbstverständlich ist ebenso aus der Luft gegriffen, daß die Regierung dem Genossen Kaller-Reinthal die freie Rückkehr nach Wien zugesichert habe, wenn er zu Gunsten der Regierung reden wolle.

*) In Nr. 48 derselben „Freiheit" bezeichnet Herr Most seine früheren, ihm jetzt überaus im Wege stehenden Ansichten als „unwissenschaftliches Phrasengekröse" und schiebt die Schuld für seine „Dummheit" — wie er es nennt — in gewohnter Weise anderen zu, indem er sie auf „Ansteckung durch schlechte Umgebung" zurückführt. Nun war Herr M. aber doch, als er obige Zeilen schrieb, bereits in London, also in der gleichen „guten Gesellschaft" wie heute. Wie reimt sich das zusammen? Uebrigens läßt das obige Bekenntniß einen tiefen Blick in des großen Revolutionärs — Selbstständigkeit thun!

Der Prozeß der „Narodnaja Wolja" und des revolutionären Exekutivkomites vor dem petersburger Kriegsgericht.

7. bis 12. November (25. bis 30. Oktober).

Dieser politische Prozeß soll nach russischen Bourgeoiszeitungen der Epilog der „traurigen" Ereignisse der letzten Zeit sein; wobei man natürlich ganz und gar die fürchterlichen Verhältnisse vergißt, welche diese Ereignisse hervorgerufen haben. Obwohl die Angeklagten nicht frei sprechen konnten, obwohl außer einigen Polizisten, Militär- und Gerichtspersonen niemand zur Verhandlung zugelassen wurde, obwohl die offiziellen Berichte aufs eifrigste von der Zensur zugestutzt wurden: so können doch die Ergebnisse des Prozesses als werthvolles Material zur Erklärung der „Gewaltthätigkeiten" der sozialistisch-revolutionären Partei dienen, indem sie den Beweis liefern, daß unter den jetzigen russischen Verhältnissen terroristische Thaten unentbehrlich sind.

Die Leser des „Sozialdemokrat" haben bereits durch andere Berichte gehabt, mit den russischen Militär-„Gerichten" Bekanntschaft zu machen, und wissen, daß dieselben nichts weniger als Gerichte im engeren Sinne des Wortes sind, sondern Schauspiele mit fertigen Urtheilen und Schlachtopfern. Darum werden wir uns ganz wenig mit den Richtern, Staatsanwälten ꝛc. beschäftigen, sondern hauptsächlich mit den Thatsachen, die für uns Sozialisten und Männer, welche die Freiheit lieben, ein unmittelbares Interesse haben.

Auf der Anklagebank sehen wir 13 Männer: Kwjatkowsky, Sundelewitsch, Schirjajeff, Subkowski, Kobiljanski, Tichonoff, Okladski, Buch, Martinowski, Zuckermann, Presnjakoff, Butitsch und Trigo — und 3 Frauen: Iwanowa, Grjasnowa und Figner. Sie sind angeklagt, sämmtlich oder einzeln an folgenden zehn „Verbrechen" theilgenommen zu haben: 1) Ermordung des Fürsten Krapotkin, 2) Attentat auf den Zaren durch Solewjeff (2. April 1879), 3) Kongreß in Lipezk (Juni 1873), 4) Attentat auf den Zaren durch angelegte Minen bei Alexandrowskij unweit von Odessa (nicht gelungen), 5) ähnliches Attentat bei Moskau (19. November 1879), 6) Explosion im Winterpalast (5. Februar 1880), 7) Entdeckung der geheimen Druckerei der „Narodnaja Wolja", 8) Bewaffneter Widerstand dabei, 9) Bewaffneter Widerstand von Presnjakoff bei seiner Verhaftung auf Wassiliostroff (Juli 1880), 10) Lieferung von Geldmitteln an die Mitglieder der Revolutionspartei. Obwohl die meisten Beschuldigungen gegen einige Angeklagten lediglich auf die Aussagen Goldenberg's gebaut sind, so hielten es die Betreffenden dennoch für ihre Pflicht, nicht zu leugnen, und zwar thaten sie das deshalb, um die Thatsachen und ihre Beweggründe, welche Goldenberg nicht richtig geschildert hatte, in ihrem wahren Lichte darzustellen.

Bevor ich auf die Anklagepunkte eingehe und einige biographische Umrisse gebe, halte ich es für nöthig, einige Worte von dem, der das meiste Material für die Anklageakten geliefert hat, zu sagen.

Goldenberg, 25 Jahre alt, Sohn eines israelitischen Kaufmannes in Kijew, ohne besondere Bildung (1873 aus der 4. Klasse eines Gymnasiums ausgetreten), war 1877 wegen Verdachts revolutionärer Umtriebe nach dem archangelschen Gouvernement verbannt worden, entfloh jedoch von dort im Sommer 1878 und kam nach Kijew zurück, wo er in nähere Verbindung mit den revolutionären Elementen der Sozialisten — den sogenannten Narodniki — trat. Nach der brutalen Mißhandlung der politischen Verurtheilten im Zentral-Zwangsarbeitshaus zu Charkow erbot er sich, den General Krapotkin zu tödten und führte seinen Vorsatz auch aus.*) Hierauf trat er in nähere Verbindung zu den Mitgliedern der sozialistisch-revolutionären Organisation, die sich zu der terroristischen und politischen Thätigkeit neigten. Von da an nahm er an den meisten Ereignissen mehr oder weniger Theil, bis er am 15. November 1879 in Elisawetgrad, auf dem Wege von Odessa nach Moskau, im Besitz von Dynamit verhaftet wurde. Nachdem man ihn mißhandelt und gefoltert, bekannte er sich nicht nur als Mörder Krapotkins, sondern fing auch an, alles was er wußte, den Behörden mitzutheilen. So nannte er von 16, die auf dem Kongreß in Lipezk waren, 10 Personen (mehr wußte er nicht), von welchen übrigens nur zwei in Haft waren: Kwjatkowsky und Schirjajeff. Ebenso nannte er die an der Berathung vor dem Attentate von Solowjoff, sowie die an den übrigen Attentaten Betheiligtgewesenen und alle Parteimitglieder, die er nur wußte.

(Fortsetzung folgt.)

*) 9. Februar 1879.

Im letzten Augenblick angelangte Veröffentlichungen, welche zur Aufnahme kommen mußten, zwingen uns, eine Reihe von Artikeln und besonders einen Theil der Rundschau für die nächste Nummer zurückstellen.

Unter dem Zurückgestellten befindet sich auch eine mit Unterschrift versehene Zuschrift, welche der „Freiheit" auf ihre kindische Ableugnung in Nr. 48 gehörig dient, indem sie die von uns in Nr. 47 über die londoner Spionen- und Attentatsgeschichten gemachten Mittheilungen bestätigt und mit neuen, interessanten Thatsachen belegt. Wir werden diese Enthüllungen, welche einen hübschen Beitrag zur Geschichte des Treibens gewisser Leute bilden, im nächsten Blatt veröffentlichen.

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

* Eine erhebende internationale Kundgebung fand am 29. November in Genf statt. Die Sozialisten aller Sprachen versammelten sich zur Feier des polnischen Revolutionstages zahlreich in dem großen Saal der Brauerei Schieß im Paquis. Den Vorsitz führte ein deutscher Revolutionsveteran, Joh. Phil. Becker, als Schriftführer amtirten Vjera Sassulitsch, Karl und Frau Doland (Französin). Die polnischen Genossen Mendelson, Dluski und Dickstein sprachen in deutscher, französischer und polnischer Sprache über die Bedeutung des Tages. Hierauf wurden folgende Zustimmungsschreiben verlesen: französische aus Brüssel, Marseille, Lugano, Rappersweil, London; deutsche aus Zürich (3), Winterthur, St. Gallen, Paris und Bern; russische aus Paris, Lausanne, Bern und London. Hierauf sprach Vjera Sassulitsch, von großem Beifall empfangen, in russischer, Krapotkin in französischer, Warynski in polnischer und schließlich Schukowski in französischer Sprache —, letzterer als Russe und Theilnehmer am 1863er Aufstand. Sodann wurde eine Resolution, welche sich im Sinne des kommunistischen Manifestes ausspricht, einstimmig angenommen, worauf Becker die Versammlung kurz vor Mitternacht mit einem Schlußwort zu Ende führte. Es war ein wahres Verbrüderungsfest der Sozialisten aller Nationalitäten, das den schlagendsten Beweis führte, daß die Internationale und das Weltbürgerthum für den zur Erkenntniß gekommenen Arbeiter kein leerer Wahn mehr ist!

Unsere Freunde in Genf werden uns wohl in den Stand setzen, über diese interessante Versammlung demnächst ausführlicher zu berichten.

Deutschland.

* Der berliner Belagerungszustand ist in diesen Tagen abermals auf ein Jahr verlängert worden — ohne jede Diskussion, wie die Offiziösen melden. Natürlich, was gäbe es da auch zu diskutiren? Das, was man mit dem Belagerungszustand in erster Linie erreichen wollte, die „Ausrottung der Sozialdemokratie", ist im letzten Jahr so wenig erreicht worden als im vorletzten; und da es auch im nächsten Jahr und weiterhin nicht erreicht werden wird, so wird die Regierung den Belagerungszustand freiwillig überhaupt nicht mehr aufheben. Er wird eine bleibende Reichseinrichtung, die nur mit dem heutigen „Reich" selbst aus der Welt zu schaffen ist. Darnach mögen sich die unter der Polizeiwillkür Leidenden richten!

— Ein grelles Schlaglicht auf die gegenwärtige verzweifelte Lage wirft ein münchener Bericht der „Kölnischen Volksztg.", welche die Verhältnisse im Süden — und die im Norden sind um kein Haar besser — folgendermaßen schildert:

„Es vergeht keine Woche, in welcher nicht bei den Gerichten mehrere Zahlungseinstellungen angemeldet werden, wobei vielfach große Verluste zu verzeichnen sind. Alle Geschäftsleute klagen über Stockung der Geschäfte. Je näher wir dem Eintritte der kalten Jahreszeit kommen, desto bedenklicher werden die Mienen der kleinen Leute, die nur von Hand zu Mund leben. Bettelnde zeigen sich in Menge, und die öffentliche Sicherheit ist schwer bedroht. Voraussichtlich werden sich mit dem Eintritt der schlechten Jahreszeit die Angriffsfälle noch vermehren. Schon jetzt herrscht in vielen Geschäften Arbeitslosigkeit; namentlich müssen die Tischler häufig feiern, und deren gibt es gerade hier eine große Zahl. Eine hiesige Waggon-Fabrik hat bereits die Hälfte ihrer Arbeiter entlassen müssen. Wohin man den Blick wendet, zeigt sich immer größere Noth, ohne daß Jemand sagen kann, wie dem Elende gesteuert werden könnte. Es muß schon weit gekommen sein, wenn der konservative „Bair. Landbote" der Nachricht von Uebungen der hiesigen Garnison im Ein- und Ausparkiren auf dem Rangirbahnhofe alles Ernstes die Glosse beifügt: „Diese Uebungen sind zwar nichts Neues, aber auch selten nothwendiger gewesen als jetzt, wo es bald genug heißen wird: „Einsteigen nach Frankreich — Rußland!" Möchte der Krieg, der ja doch unvermeidlich ist, nicht mehr lange ausbleiben. Es ist schrecklich, das wissen wir; aber der Friede, an dem wir jetzt leiden, ist noch schrecklicher. Die Armuth nimmt rapid zu, alle Geschäfte stocken; die sociale Lage ist der Art, daß sie uns zwingt, nach einem Kriege als dem einzigen Retter aus der Noth zu rufen."

Der Krieg der einzige Retter aus der Noth — was haben die Sozialisten immer gesagt? Sind wir wirklich jetzt schon so weit? Ein recht ansprechendes Zeitbild aus dem herrlichen Reich! Jeder Kommentar ist überflüssig.

— Eine hübsche Vergeßlichkeit ist der preußischen Regierung geschehen. Sie hat nämlich die 25,000 Mann, um welche der Bestand des Heeres vermehrt wurde, ganz vergessen, d. h. den entsprechenden Betrag nicht in den Staatshaltsetat eingestellt. Da übrigens zur Durchführung des „Steuerprogramms" ohnehin etwa 110 Millionen neuer Steuern nöthig sind, so kommt es auf eine solche Kleinigkeit nicht mehr an.

— In Altona hat man Verhaftungen vorgenommen, und behaupten die Offiziösen, daß man „einen überaus wichtigen Fang" gemacht und einen „Hauptherd der Agitation", möglicherweise sogar die „Leitung des Ganzen" entdeckt hat. Unseretwegen können sich die Herren schon mit Suchen abmühen; aber wir sagen ihnen im Voraus, daß ihre Arbeit vergeblich ist und daß sie sich auf einer falschen Fährte befinden.

— **Altona,** 25. Nov. Das Schandwerk hat begonnen; das Ideal unserer „Hüter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit" im Vernichtungskampfe gegen die hiesigen Sozialdemokraten hat sich verwirklicht. Am 2. ds. haben sie ihre „erste That" vollbracht, indem zunächst zwölf Genossen*) ihren Familien entrissen wurden, indem man sie hinaustrieb aus dem Orte ihrer Existenz. Ihre Namen sind: Reimer, Forschner, Brückmann, Lensch, Brasch, Zink, Finn, Kirschner, Carlson, Cordes, Säveke, Wölky. Diese Genossen können nun nicht mehr die Sicherheit des Staates gefährden, und Polizeipascha Engel kann nun weiter ans Werk gehen, um endlich unterm Belagerungszustande Resultate seiner staatsretterischen Thätigkeit zu liefern; denn er hat ja während der zwei Jahre des Vernichtungskampfes mit den vielen Haussuchungen und sonstigen Maßregelungen weiter nichts erreicht, als daß er eine große Anzahl Sozialdemokraten kennen lernte. Nebenbei gesagt, hat übrigens Herr Engel gleich zu Beginn des Belagerungszustandes wieder einen Mißerfolg erleben müssen. Er ließ nämlich Gen. Reimer wenige Tage vor seiner Ausweisung wegen Vertheilung von Sammellisten für die Familien der Ausgewiesenen verhaften und dann nach seiner Wohnung transportiren, wo er die noch in seinem Besitz befindlichen Gelder herausgeben sollte. In dem Schreibepult, in welchem sich die gefährlichen (!) Schriftstücke befanden, lag, durch einen Thaler beschwert, auch ein interessantes Stück Papier. Polizist Engel hatte es natürlich nicht sobald bemerkt, als er auch schon hastig darnach griff; aber Reimer verdarb ihm die Freude, indem er das staatsgefährliche Papier in den Mund steckte und es von seinen Zähnen unschädlich machen ließ. Unbeschreibliche Wuth spiegelte sich in des verdutzten (B) Engels Gesicht ab, und erst nach etlichen Minuten war er im Stande zu seinem Begleiter rachenschnaubend die Worte hervorzubringen: „Führen Sie ihn ab!"

Ein Theil der ersten Opfer des unverhüllten Gewaltregiments aus Hamburg, Altona und Ottensen begab sich, da die Mehrzahl in Deutschland keine Arbeit finden konnte — die meisten sind Zigarrenarbeiter — am 10. ds. an Bord der „Silesia", um „jenseits der grauen Wasserwüste" vorläufig eine neue Heimath für sich und ihre Familien zu suchen. Es sind die Genossen: Reimer, Forschner, Brückmann, Lensch mit Familie, Zink, Finn, Kirschner, Säveke, Wölky, Kloth, Kölla, Bogenitz, Broda, Kraft, Natzen, Schlottmann, Maaß, Schiele, Hermann mit Familie, Ockelmann, Wabnitz und Schweppendiek. In den Wohnungen dieser Parteigenossen, speziell der Altonaer, hatte sich kurz vor der Abreise eine große Anzahl ihrer Freunde und Bekannten eingefunden, um ihnen das Geleit nach dem Schiffe zu geben. Bei Reimer trafen die meisten zusammen und so bewegte sich denn dieser Menschenstrom, welcher immer mehr anschwoll, durch Altona über St. Pauli nach dem Hafen. Dort angekommen, fand er aber bereits mehrere Tausende am Platz, welche trotz des strömenden Regens und der rauhen Witterung der Braven harrten, um wenn möglich, noch einen letzten Händedruck und ein paar Worte mit ihnen zu wechseln. Gen. Reimer — von 1874—1877 Reichstagsabgeordneter für den 9. schleswig-holst. Wahlkreis — sprach noch ein paar Dankesworte zu den versammelten Anhängern unserer Sache, worin er besonders betonte, festzuhalten an unseren Prinzipien und treu und einig zusammenzustehen, um gemeinsam der Gefahr desto leichter zu widerstehen; wenn aber die Zeit gekommen sein werde, wo kein Sozialdemokrat mehr in der Verbannung zu leben brauche, dann würden auch sie, so hoffe er, wieder zurückkehren zum gemeinsamen Kampf, zum gemeinsamen Sieg! Ein weithin dringendes, begeistertes dreimaliges Hurrah der Tausende antwortete und nun ging es an ein Händedrücken, Versprechungen im Interesse der Sache wurden ausgetauscht, manche stille Thräne floß — es war ein ergreifender Anblick! — Mögen die Genossen, welche sich bei diesem Akte so zahlreich zusammengefunden hatten, die Versprechungen, welche sie den auswandernden Vorkämpfern und sich selbst gegenseitig gegeben haben, auch treu erfüllen. Mögen sie eingedenk sein der Thatsache, daß die heutigen brutalen Gewalthaber uns unserer politischen Rechte beraubten, daß sie das ausführen, was sie uns immer andichten: die Zerstörung des Familienlebens, die Vernichtung des Eigenthums! — Der Druck, welcher durch diese Maßregel erzeugt wird, soll aber auch seinen Gegendruck darin finden, daß mit desto größerem Eifer, mit der zähesten Nachhaltigkeit für unsere Sache eingetreten und gewirkt wird. Schaart Euch um die Mittelpunkte unserer Bewegung und kämpft unausgesetzt trotz alledem, seid verschwiegen und vorsichtig, agitirt den Verhältnissen entsprechend, sucht unsere Reihen zu mehren, erkennt, daß wir die Konsequenzen des Sozialistengesetzes durchmachen müssen, und dann wird dieses infame Gesetz unsere Bewegung nicht vernichten können. Berlin liefert den Beweis!

Indessen zum Schluß der Abreise. Nachdem sich das Schiff in Bewegung gesetzt hatte, erschallten vom Ufer, sowie vom Bord des Schiffes, nicht endenwollende Hurrahrufe. Die Ausgewiesenen hatten an der Spitze des Schiffes Platz genommen. Gen. Brückmann hielt die rothe Fahne in der Hand, welche mächtig wehte und den Scheidenden den letzten Gruß der Genossen, welche sich an den verschiedenen Landungsplätzen noch zu hunderten eingefunden hatten, brachte. Dann schallten ihnen noch verschiedene begeisterte Parteilieder und zum Schluß die majestätische Marseillaise nach, bis die Hinausgetriebenen aus dem Gesichtskreis verschwanden. Mögen sie in Amerika eine neue und bessere Heimath finden! Wir aber geloben uns, festzustehen in dem Kampfe für unsere Sache und unsere Pflichten voll und ganz zu erfüllen; dann wird auch der Sieg nicht ausbleiben!

Hans Großknecht.

Nachschrift. Nachdem dies niedergeschrieben, wird soeben mitgetheilt, daß am 22. Nov. schon wieder Ausweisungen erfolgt sind und zwar wurden betroffen die Genossen: Schultz, Bethge I und II, Brauer, Meier, Gundelach, Haas und Jochumsen.

*) In Wirklichkeit wurden dreizehn ausgewiesen, jedoch ist der eine nicht würdig, zugleich mit den zwölf genannt zu werden. — Es ist dies ein uns sehr bekannter mehrjähriger Denunziant mit Namen Rodenhausen. Derselbe hat auch schon eine Bittschrift bei der Regierung in Schleswig eingereicht, worin er betheuert, daß er schon seit Jahren die Sozialdemokratie bekämpfe. Seine Ausweisung ist ein persönlicher Racheakt des Polizeikommissärs Engel. —

Oesterreich-Ungarn

* Wir sprachen in Nr. 40 und 47, bei Besprechung des plötzlichen feindseligen Angriffes des wiener Arbeiterorgans „Zukunft" auf die deutsche Sozialdemokratie, unsere Ueberzeugung aus, daß dies unqualifizirbare Vorgehen einer Handvoll mit London zusammenwirkender Leute in der österreichischen Partei von verschiedenen Seiten Unwillen und Proteste hervorrufen werde. Wir sind nun in der Lage mitzutheilen, daß nicht nur verschiedene der hervorragendsten Parteiorte ein solches Treiben streng verurtheilten und sich ausdrücklich mit der deutschen Sozialdemokratie und dem „Sozialdemokrat" einverstanden erklärt haben, sondern daß auch den betreffenden „Veranlassern" des (um nicht mehr zu sagen) feindseligen Artikels in Nr. 26 der „Zuk." von dem Herausgeberkomite eine schriftliche Rüge ertheilt worden ist.

— Die Sozialistenverfolgung wird auch in diesem Land mit ungeschwächten Kräften weiter betrieben. In Ungarn wurden neuerdings ausgewiesen die Genossen Schubert aus Hermannstadt (wo er seit 10 Jahren ansässig war), Fanta und Tuma aus Essek. Verurtheilt wurde in Wien Gen. Kraus wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr.

Belgien.

* Ein schlagendes Beispiel dafür, wie sich die heutige Staatsgewalt nur als Mandatträgerin und Interessenverwalterin des wirthschaftlichen Ausbeuterthums fühlt, liefert eine grenzenlose Gemeinheit, welche die „liberale" belgische Regierung soeben begangen hat. Man erinnert sich noch der schrecklichen Bergwerkkatastrophe von Frameries (17. April 1879), bei welcher 120 Arbeiter durch böse Wetter umkamen. Sofort nach dem Unglück sollte eine richterliche und eine Verwaltungsuntersuchung eingeleitet werden. Daß die Bergwerksverwaltung eine schwere Schuld, ja, wohl die einzige Schuld an dem industriellen Massenmord trug, war offenkundig. Um ein baldiges Ende herbeizuführen, welches derartige Unglücksfälle in Zukunft möglichst einschränke, forderten die Bergarbeiter von der Kammer 1) eine genaue Untersuchung der Ursachen der Katastrophe, 2) einen je zur Hälfte aus Arbeitern und Ingenieuren zusammengesetzten Ausschuß zur Ueberwachung der Bergwerke. Der Berichterstatter der Kammer befürwortete das Gesuch warm, aber es war seitdem nie mehr die Rede davon. Jetzt stellt sich heraus, daß der Arbeitsminister Saintlette an die Bergwerksausbeuter ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet hat, in welchem er dieselben zur Lieferung von Mittheilungen aufforderte, welche ihm ermöglichten, den arbeitergünstigen Bericht der Kammer zu bekämpfen. Von einer Untersuchung ist heute noch, nach fast fünfviertel Jahren, keine Rede; weiß der Minister doch genau, wer die Schuld trägt. Aber als echter Bourgeoisminister sieht er es für seine Aufgabe an, die berechtigten Forderungen der Arbeiterkonaille mit allen Kräften zu bekämpfen und den Blutsaugern durchzuhelfen. Mögen die Arbeiter, möge das Volk sich derlei merken!

Frankreich.

* Endlich hat sich die Kammer an die lang besprochene „Gerichtsform" gemacht. Nach langen Debatten ist sie glücklich wieder zu einer Halbheit gekommen. Die Unabsetzbarkeit der Richter soll nämlich für die Dauer eines Jahres aufgehoben werden, welche Zeit man dazu benützen wird, etwa 500 der Republik feindliche, bonapartistische und klerikale Richter zu beseitigen und selbstverständlich ihre Stellen mit Opportunisten zu besetzen. Da indessen der Senat zu diesem Gesetz seine Zustimmung nicht geben wird, so brauchen wir dasselbe nicht weiter zu kritisiren. Wenn das Volk einmal das Wort hat, wird es die verrottete „Justiz" schon ganz anders reinigen.

— Der Abgeordnete Talandier hatte den Antrag gestellt, der Polizei das Recht der beliebigen Ausweisung von Ausländern zu entziehen, damit nicht wieder solche die Republik mit Schande bedeckende Akte möglich würden, wie die bekannte Massenausweisung deutscher und russischer Sozialisten aus Paris. Minister Constans aber bekämpfte den Vorschlag energisch, und wird letzterer wohl auch fallen, und die Schändlichkeit so lange fortdauern, bis die Herrschaft der Bourgeoisrepublikaner selbst den Weg alles Fleisches gehen wird.

— **Havre,** 24. Nov. Bei Eröffnung des sozialistischen Kongresses, am 16. ds., waren 58 Vertreter anwesend, welche 119 Gewerkschaften und 11 Vereine vertraten; unter den Vertretern befanden sich Angehörige aller Schulen: vier Anarchisten, drei Individualisten, die übrigen revolutionäre Kollektivisten (Sozialdemokraten). Zahlreiche Vertreter der Presse und eine große Zuhörerschaft sind während des ganzen Kongresses anwesend. Mehrere Mitglieder des opportunistischen Kongresses nehmen an der Sitzung des Kongresses theil, um sich vor ihrer endgiltigen Stellungnahme zu unterrichten. Bgr. Boyer vom Exekutivausschuß des marseiller Kongresses berichtet über die Thätigkeit dieses Ausschusses und erklärt den Kongreß als den einzig rechtmäßigen Nachfolger jenes von Marseille. Hierauf folgen die Berichte der Bundesverbände (Unions fédératives) der fünf Kreise, in welche das Land in agitatorischer und organisatorischer Beziehung eingetheilt ist. Mittelfrankreich (22 Departements) zählt 48 Arbeitervereine, von denen mehrere (besonders Paris) tausende von Mitgliedern zählen. Der Berichterstatter Fauche und der des Ostkreises, Bordet (Lyon), sind für vollständige Trennung der Arbeiter von der Bourgeoisie und gesonderte Organisation des vierten Standes unter dem Wahlspruch der Internationale. Hierauf folgt ein sehr wirkungsvoller Vortrag der Bürgerin Rouzade (Paris) über das Eigenthum; Rednerin beweist die Schädlichkeit des Privatbesitzes und spricht sich für das Gemeineigenthum aus, für welches auch die übrigen Redner sowie sämmtliche Vertreter mit Ausnahme von drei „Individualisten" stimmen.

In der zweiten Sitzung sind 62 Vertreter anwesend. Eine Reihe von Zustimmungen aus allen Theilen des Landes sind eingelaufen. Es spricht sich noch eine große Anzahl von Rednern für das Gemeineigenthum der Arbeitsmittel aus; ein einziger, der „Reformist“ Goulette (Nancy) glaubt, daß sich der Fortschritt auf dem Wege der verallgemeinerten Schulbildung vollziehen werde. Hiermit ist die Berathung über die Eigenthumsfrage beendigt. Begrüßungsschreiben von spanischen Genossen und dem Gen. Malon werden verlesen.

Dritte Sitzung. Die Zuhörerräume sind überfüllt, die Bevölkerung zeigt sich sehr sympatisch. Zahlreiche Zustimmungen sind eingelaufen; 35 Städte sind vertreten. Auf der Tagesordnung steht das Lohnwesen. Bgr. Lhernaut (Paris) schildert das Elend des Volkes als Ergebniß des Lohnsystems, das deshalb fallen müsse; mehrere Redner stimmen ihm bei. Saulaville (Lyon) betont, daß die mittlere Lohnhöhe von 1,980,000 französischen Arbeitern nur Fr. 2,35 beträgt. Berthaut (Paris) hofft, daß das Genossenschaftswesen viel zum Sturz des Lohnsystems beitragen werde; seien erst tausende von Genossenschaften, so sei die Lösung durch das Gemeineigenthum der Arbeitsmittel leicht. Renaud (Commentry) erklärt eine siegreiche Revolution erst dann für möglich, wenn die Arbeiter ihre Lage begriffen haben werden. Bürgerin Paula Mink beleuchtet wesentlich die Frage der Frauenarbeit, welche so schlecht bezahlt werde, daß die Arbeiterin der Prostitution überliefert werde. Von den andern Feinden der Arbeiter sprechend, spricht sich Rednerin über die von den Opportunisten ausgebeutete „Revanche“ folgendermaßen aus: „Man spricht uns von Wiedervergeltung (gegen Deutschland). Wir verlangen keine andere, als Deutschland mit sozialistischen und republikanischen Gedanken zu durchdringen und so zur Befreiung des deutschen Volkes beizutragen. Ueberdies fürchten wir die Wiedervergeltung durch das Heer, weil wir dann wieder Münzen sehen würden mit der Inschrift: Königreich oder Kaiserthum Frankreich und dem lorbeergekrönten Bildniß Gambettas!“ Der Kongreß antwortete auf diese Worte mit lebhaftem Beifall und dem Rufe: „Es lebe die Weltrepublik!“ — Robelet will zur Abschaffung des Lohnsystems nicht die Revolution um jeden Preis; wenn aber die Bourgeoisie Gewalt will, soll sie dieselbe haben. Cavalier (Marseille) glaubt an die Möglichkeit der Umgestaltung durch ein System von Gemeindebanken. Paire (St. Chamond) sieht keinen andern Ausweg als die Revolution. — In den Ausschuß für das Eigenthum werden 2 „Individualisten“, 3 Kollektivisten und 2 Anarchisten gewählt.

(Fortsetzung folgt.)

Italien.

* Die von dem wackeren mailänder Arbeiterverein „I figli del lavoro“ (die Söhne der Arbeit) — den Genossen u. a. durch dessen Begrüßungsschreiben an den wydener Kongreß bekannt — mit Eifer betriebenen Organisationsbestrebungen haben endlich zu dem Erfolg geführt, daß zahlreiche sozialistische Vereine Oberitaliens ihre Vertreter zu einem am 5. u. 6. Dezember auf Schweizerboden, in Chiasso — an der Bahnlinie Lugano-Mailand — stattfindenden Kongreß der oberitalienischen Sozialisten senden werden. Zu dem Kongreß sind außerdem auch eingeladen die in der Schweiz lebenden italienischen Sozialisten, die Genossen der Schweiz sowie die Verkehrsstelle der soz. Arb.-P. D.'s. Hauptaufgabe ist die Wiederherstellung des vor einiger Zeit niedergegangenen oberitalienischen Sozialistenbundes; der Verein „I figli del lavoro“ wird ein von ihm ausgearbeitetes Bundesstatut vorlegen, welches den Berathungen zu Grunde gelegt wird. Der bisherige Verlauf der Bewegung berechtigt zu der Hoffnung, daß der Kongreß den besten Erfolg haben wird; schon die bisherige Agitation für seine Abhaltung war für die Sache von großem Nutzen, indem ein frischer Zug in die Bewegung kam und sich eine ganze Anzahl Vereine neubildeten. Für den Fall der Auflösung des Bundes und andere Regierungsmaßregeln ist bereits Vorsorge getroffen. Der Kongreß wird auch in Bezug auf die von den italienischen Sozialisten künftig einzuhaltende Taktik, namentlich auch hinsichtlich der Stellung der Partei zu der Bewegung für das allgemeine Wahlrecht, von großer Bedeutung sein. Es ist zu hoffen, daß der bisher meist innegehaltene Weg der unfruchtbaren politischen Abstention verlassen wird.

Wir brauchen nicht erst zu versichern, daß die deutsche Sozialdemokratie die Bestrebungen ihrer italienischen Brüder mit der größten Theilnahme verfolgt und dem Kongreß die besten Erfolge wünscht. Möge er dem italienischen Sozialismus prinzipielle Klärung und organisatorische Einigung anbahnen, und es soll die herrschende Klasse der Halbinsel zu ihrem Leidwesen, das geknechtete Volk aber zu seiner Freude die schwerwiegenden Folgen bald erfahren.

— Garibaldi, der alte Freiheitskämpfer, veröffentlicht in radikalen Blättern folgende Erklärung: „Ich bin Sozialist, aber ich fühle es, daß wir ohne die Republik unser Ziel nicht erreichen können. Natürlich darf aber die Republik nicht das letzte Ziel unserer Anstrengungen sein, sondern dieselbe darf blos die Brücke abgeben, über welche wir dahin schreiten, um das von uns vorgesteckte Ziel zu erreichen. Als Sozialist nehme ich die Republik als Mittel zum Zwecke an; wenn sich dann die Republik den sozialen Reformen entgegenstellen würde, werden wir sie über den Haufen werfen.

Polen.

* Die von gewaltthätigen Eroberern ihres Vaterlands beraubten und zum großen Theil in die Fremde hinausgetriebenen Söhne Polens feierten am 29. Nov. in allen Ländern die 50jährige Gedächtnißfeier der Revolution von 1830, jenes heldenmüthigen Verzweiflungskampfes gegen das infame Zarenthum, der den Polen die Bewunderung und Sympathie aller Völker eroberte. Es scheint uns hier nicht an der Zeit, über die leider nur zu abweichenden und einander widersprechenden Bestrebungen der verschiedenen Fraktionen, in welche sich die Polen theilen, und deren Aussichten zu sprechen. Wie das junge sozialistische Polen denkt, hat den Genossen der in letzter Nummer mitgetheilte Aufruf unserer Freunde in Genf gezeigt. Wir unserseits wollen dem bereits kundgegebenen Ausdruck unserer vollsten Zustimmung zu den dort ausgesprochenen Grundsätzen nur noch einige Worte hinzufügen, welche die auswärtige Verkehrsstelle in ihrem Begrüßungsschreiben an die zur Feier des Revolutionstages in Genf stattgehabte Festversammlung gerichtet hat.

Die deutsche Sozialdemokratie, in ihrem innersten Wesen, ihren Grundsätzen und ihrem Wirken international und selbst in einem schweren Kampf mit dem gemeinsamen Feind aller Völker, der staatlichen Unterdrückung und wirthschaftlichen Ausbeutung begriffen, — feiert im Geiste mit den polnischen Genossen den Jahrestag jenes kühnen, an Hingebung und Tapferkeit so reichen Aufstandes, dessen Fahne die polnischen Unabhängigkeitskämpfer vor 50 Jahren gegen einen übermüthigen und unmenschlichen Unterdrücker erhoben haben. Sie feiert diesen Tag mit den polnischen Brüdern, wie sie den Tag der pariser Kommune mit den französischen Brüdern gefeiert hat und wie sie jeden Kampf gegen die Knechtung der Völker mitfeiern wird. Mögen auch die Ideale der Revolutionskämpfer von 1830 andere als die unsern gewesen sein, — auch sie haben für die Freiheit gekämpft! Ewige Ehre ihrem Gedächtniß, und mögen wir uns begeistern an ihren Großthaten zum Vernichtungskampf gegen den alten Erbfeind der Menschheit: die Bevorrechtung, die Unterdrückung, die Tyrannei in allen Formen!

Heute ist der Kampf um die Freiheit der Völker in ein anderes Stadium eingetreten; nicht mehr um einen Kampf von Land gegen Land kann es sich für die zur Erkenntniß ihrer wahren Interessen gelangten Völker handeln. Nicht mehr in nationalen Erhebungen erkennt der entwickelte Volksgeist das Arkanum gegen Knechtschaft und Elend; die soziale Befreiung ist es, welcher alle seine Hoffnungen, Wünsche, Bestrebungen, Anstrengungen und Opfer gelten. Die soziale Befreiung erst wird die ganze Befreiung sein; die soziale Revolution wird die Völker gesellschaftlich und staatlich frei machen und damit zugleich die Frage der nationalen Unabhängigkeit lösen, für welche sich jene Edlen freudig opferten, deren Gedächtniß wir feiern. In der sozialistischen Gesellschaft gibt es keine nationale Vergewaltigung mehr, so wenig als es eine wirthschaftliche gibt. Alle Völker, seien sie groß oder klein, trügen sie altersgraue Namen oder seien sie erst eingetreten in die Geschichte: alle werden ihre Fähigkeiten und Kräfte in friedlichem brüderlichen Wetteifer frei entfalten, und keine Nation, keine Sprache wird die andere unterdrücken und hintansetzen — alle werden gleich sein. Und sowie der polnische Sozialismus in der internationalen sozialistischen Familie eine gleichberechtigte Stellung einnimmt, so wird in der Zukunft das tapfere, unabhängigkeitsliebende polnische Volk in dem freien Völkerbund als freies und gleiches stehen!

In diesem Sinne rufen wir nicht nur unsern polnischen Genossen ein „Hoch dem jungen aufblühenden polnischen Sozialismus!“ zu, sondern stimmen auch mit ihnen überein in dem Ruf: „Es lebe der internationale Sozialismus, der Befreier der Menschheit!“

Rußland.

— Das in letzter Nummer erwähnte Arbeiterprogramm der Parteimitglieder der Narodnaja Wolja beginnt folgendermaßen:

„Die geschichtliche Erfahrung der Menschheit, sowie das Studium und die Beobachtung des Völkerlebens zeigen klar und deutlich, daß die Völker nur dann das größtmöglichste Glück und die Macht erreichen werden, daß die Menschen nur dann verbrüdert frei und gleich sein werden, wenn sie ihr Leben der sozialistischen Lehre gemäß einrichten werden, d. h. in folgender Weise:

1) Der Grund und Boden und die Arbeitsinstrumente sind Eigenthum des ganzen Volkes, und jeder Arbeiter hat das Recht, dieselben zu gebrauchen. 2) Die Arbeit wird nicht im einzelnen, sondern gemeinsam ausgeführt (durch die Gemeinden, Art von Genossenschaften). 3) Die Erzeugnisse der gemeinsamen Arbeit müssen, nach Beschluß, zwischen allen Arbeitern nach den Bedürfnissen vertheilt werden. 4) Die Staatseinrichtung muß auf einem Bundesvertrag aller Gemeinden beruhen. 5) Jede Gemeinde ist in ihren inneren Angelegenheiten vollkommen unabhängig und frei. 6) Jedes Mitglied einer Gemeinde ist in seinen Ueberzeugungen und seinem Privatleben vollkommen frei. Seine Freiheit ist nur in den Fällen zu beschränken, wo sie in Vergewaltigung eines anderen Mitgliedes seiner eigenen oder einer anderen Gemeinde übergeht . . . .

Wir sind tief überzeugt, daß eine solche Gesellschaft und Staatsordnung das Wohl des Volkes sichern würde, allein aus der Erfahrung anderer Völker wissen wir auch, daß die volle Freiheit und das dauerhafte Glück des Volkes auf einmal und in der nächsten Zukunft nicht zu erreichen ist.

Allein es ist kein Grund vorhanden, deshalb muthlos zu werden. Sind solche Einrichtungen für uns gegenwärtig unerreichbar, so muß man sich doch denselben allmälig nähern durch das Bestreben, wenn auch nicht sofortige volle Freiheit und das volle Glück, so doch jedenfalls größere Freiheit und bedeutendere Lebensverbesserungen zu erreichen. . . .

Als Feinde des Volkes werden erklärt: alle, welche jetzt auf Rechnung des Volkes leben, d. h. die Regierung, die Gutsbesitzer, Fabrikanten, Wucherer. Als echte Bundesgenossin des Volkes wird die sozial-revolutionäre Partei anerkannt. Außer letztern darf aber das Volk auch Leute aus andern Klassen nicht zurückweisen, die auch gerne möchten, daß es in Rußland freier und besser zu leben wäre, als die russischen Liberalen und sonstiges reaktionär-fortschrittliches bourgeois-konstitutionelles Gesindel es dem Volke jetzt gestatten.

Als nächste Forderungen sind folgende Punkte aufgestellt: die Beseitigung des Zarenthums und die Einführung der Republik (Narodoprawlenije = Volksherrschaft); Eintheilung Rußlands in autonome Länder, die in einem allgemeinen russischen Bund vereinigt sind; die Berechtigung der Trennung der gewaltsam annektirten Völker von diesem Bunde, innere Autonomie der Gemeinden, Uebergang des Grund und Bodens und der Fabriken in die Hände des arbeitenden Volkes als Volkseigenthum; Arbeiterschutzgesetzgebung, Wahlrecht und Wählbarkeit des großjährigen Bürgers; Gewissens-, Rede-, Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit; Wahlagitationsfreiheit; unentgeltlicher Unterricht in allen Lehranstalten; Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung einer Volkswehr; Errichtung einer Staatsbank. Um das alles zu erreichen, müssen die zur Einsicht gewonnenen Arbeiter geheime Vereine bilden und unter den Industriearbeitern agitiren ꝛc. ꝛc.

Die Arbeiter müssen eine Macht bilden . . . Ob es zum blutigen Kampfe kommt, oder die Feinde des Volkes ohne Kampf nachgeben — einerlei: eine Macht muß organisirt werden. Die Feinde mit Erfolg zu bekämpfen, kann nur die ganze sozialrevolutionäre Partei hoffen, in welcher die Arbeiterorganisation nur als Theil eingeht. . . Sollte die Regierung aus Furcht vor einer Revolution eine Konstitution geben, so darf die Thätigkeit der Arbeiter dadurch nicht beeinträchtigt werden; sie müssen bedeutende Konzessionen zu ihren Gunsten fordern, . . . ihre Vertreter ins Parlament schicken und dieselben unterstützen.“

Wie der Leser sieht, ist dieses Arbeiterprogramm weit davon entfernt, ein Programm einer sozialistischen Arbeiterpartei zu sein. Diese frommen Wünsche, sich mit den russischen Liberalen zu verbrüdern, diese bescheidene Unterwerfung desjenigen, was eigentlich das Ganze sein soll, nämlich der Arbeiterpartei unter dasjenige, was ohne dieselbe eigentlich nichts ist (sozialrevolutionäre Partei), dieses Zusammenwerfen rein sozialistischer mit bourgeois-republikanischer Forderungen — das alles gibt zum Nachdenken Anlaß genug. Wie dem aber auch sei, ist es überaus erfreulich, von den Vorkämpfern des Sozialismus in Rußland wieder ein Lebenszeichen zu bekommen, und sind wir fest überzeugt, daß die erwähnten Trübungen am sozialistischen Himmel nur vorübergehender Natur sind. A.

Warnungen.

Der frühere verantwortliche Redakteur der berliner „Freien Presse“, Schriftsetzer **Emmerich**, der nach Verbüßung seiner Haft in Plötzensee aus Berlin ausgewiesen wurde und sich dann nach Hamburg begab, sitzt gegenwärtig in unmittelbarer Nähe Leipzigs, wo er eine eigenthümliche Industrie verpflegt. Einen Theil seiner Zeit verbringt er im Dienste des Herrn Findel, den andern benützt er zur Fabrikation niederträchtig gemeiner Korrespondenzen, in denen innere Parteivorgänge besprochen und einzelne Parteigenossen in kaum glaublicher Weise beschimpft werden. Das ehrlose Subjekt scheut sich sogar nicht, die Frauen von Parteigenossen zum Gegenstand seiner gemeinen Angriffe zu machen, wie dies z. B. kürzlich der Frau des Genossen Auer passirte.

Um seiner Nichtswürdigkeit die Krone aufzusetzen, fabrizirt dieser Bursche die erwähnten Korrespondenzen en gros und sendet sie an solche Blätter zum Abdruck, die sich stets durch ihre Feindseligkeit gegen die Partei ausgezeichnet haben: „Tribüne“, „Magdeburger Zeitg.“, „Weser-Ztg.“, „Leipziger Tagebl.“ und andere Blätter ähnlicher Sorte. Jeder Korrespondenz ist der Preis beigedruckt und die Aufforderung zum Abdruck, unterzeichnet mit: „Emmerich, Literat“. Wir erwarten, daß die leipziger Parteigenossen diesen Menschen meiden wie ein räudiges Schaf und ihm überall die Thüre weisen.

Emmerich war auch hervorragend bei Abfassung des Wolff'schen „Protestes“ thätig, dessen Verbreitung an alle gegnerischen Zeitungen er sich besonders zum Geschäft machte.

Der ꝛc. **Neumann** aus Berlin, der schon mehrfach in diesem Blatte als Polizeispion bezeichnet wurde, soll die Absicht haben, von London, wo ihm der Boden zu heiß wurde, nach der Schweiz zu gehen, und falls er dort auch keinen geeigneten Boden für seine Thätigkeit finde, sich nach Wien zu wenden. Also aufgepaßt!

Kann keiner unserer londoner Freunde ein Signalement des Schuftes geben?

Der aus Berlin ausgewiesene Weber **Palm** hat ihm zugewiesene Arbeit in seinem Geschäft nicht angenommen. Derselbe ist infolge dessen der Unterstützung verlustig.

Ferner wiederholen wir unsere Warnung vor dem aus Berlin ausgewiesenen Buchbinder **Kothe**, welcher neuerdings wieder die Genossen brandschatzend umherzieht.

Endlich wird wiederholt und nachdrücklich den Genossen empfohlen, keine Geld-Unterstützung an Ausgewiesene direkt zu verabreichen, sondern alle Gelder an die Zentralstelle abzuliefern.

Briefkasten

der Expedition: F. Ag. Br: M. 4,— Ab. Dez. 80— März 81 erh. — Int. Arb.-B. Zürich: Fr. 2,— Ab. 4. Qu. erh. — —l—l Dd: Mk. 9,20. Ab.-Reste erh. 2 R. fort. Warum nur eine Addr.? — Peter Waldus: Mk. 60,— à Cto. Ab. ꝛc. nach Vorschr. benützt. Schst. mit 48 nebst Mehrfdg. fort. Bfl. Weiteres. — B. B. Lond: Fr. 5,25 u. Fr. 86,30 erh. Sonstiges besorgt. — Spartacus: 300 sind abgerückt. Passenderes nicht vorräthig aber in Aussicht. Mk. 3,— können in Bsmark. kommen. — St. Dammbach W: Lebenszeichen unter bekannter Addr. erwartet, da am 27/8. Zugesagtes bis jetzt noch nicht eingegangen. — Office d. B. Z. N.-York: Gelder durch H. Jacobs f. d. Ausg. erh. Weiteres siehe Usonds. Dank u. Gruß. — A—l—gen: M. 5,— nach Vorschr. verwendet auch Sdg. von „Mehlgötzen“ erh. Bf. am 27/11. abgg. — André B. Paris: Fr. 3,80 Ab. u. Flgsch. erh. Progr. folgt. — £ 3.700 abges. Preis Mk. 7,—. — Dank für Notiz. — A. D. B. Ga: Mk. 10.—. für 3 Ab. 4. Qu. am 28/11. erst erh. 2 gelöscht. Nachlfrg. folgt. — Karl Rothschild: Lesen Sie denn die „Freiheit“ nicht? Schade, daß Sie Ihre großen Zeitgenossen deshalb nicht kennen lernen. — J. H. Bl. Lond: Fr. 1,75 f. Schst. erh. — C. P. Hde: Mk. 3,— Ab. Dez. 80— Ende Febr. 81 erh. — Ch. D. Ag: Minimalist, Minimumist u. Minimist — ein unzweifelhaft gediegener Mist, dessen Bedeutung Sie nur beim Selbstbe—reiter in London erfahren können. Weiteres nach Wunsch besorgt. — A. Z. postlagernd: War ja von Ihnen selbst Sperre angeordnet bis Addr. gesdt. würde. Glück zum Vorhaben! — Rothkehlchen: □ in aller Bälde erwartet. Bfe. vom 23. u. 30/11. hoffentl. erhalten? — L. u. H. B: 5 Reue durch Frd. D. erh. u. weitere erwartend. — Russische Grenze 6: Alles erh. Sdg. besorgt. Noch Mk. 2,80 senden. — A. L. B: Mk. 1,80 gutgebr. — Deutscher B. Luzern: Fr. 10,— f. Hambg. durch T. erhielten dankend. — J. H. Gdn: Fl. 4,— 5. W. Ab. 3. u. 4. Qu. 80 — 1. Qu. 81 erh. 40 Nr. d. Flgsd. zugewiesen. — Großpriesener: K. brachte Fl. 6 d. W. Fehlendes theilweise geschnippst. nachlfrg. folgt. Weiteres bfl. durch K. — Condor: M. 2,— f. Flg. erh. Nagelneue Probesdg. fort. — Agens: Dr. B. erh. Sdg. durch A. F. Wfst. — ††† himmeldonn — — —: Am 23/11. u. 1/12. bfl. an Sch. berichtet. Sonstiges besorgt. — t war bereits abger. Zurückberuf. versucht, Erfolg zweifelhaft. Hundewetter scheint sich aufzuhellen. — Knörke: Nachbarliche Prise gefällig? □ erhalten, aber für → Nichts angezeichnet. Betr. Wh. Briefl. u. P. W. in Ordnung. — Rothhaut: Bf. v. 28/11. hier u. beantw. Wenn aber alle Pfeile das Schicksal v. J. ereilt, dann wird der Panther deine Ochsen hüten. — Rothhahn: Bf. v. 25/11. u. Notizen durch —e erh. — F. Pfalz: Mk. 5,— erh. Korresp.-Karte nicht rathsam.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein
3 Percy Street Tottenham Court Road.
Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.
I. A. Der Sekretär:
G. Lemke.

Schweiz. Vereinsdruckerei Hottingen-Zürich.